



GEW M-V Lübecker Straße 265a 19059 Schwerin

**An die Ministerpräsidentin des Landes
Manuela Schwesig**

per E-Mail: Manuela.Schwesig@stk.mv-regierung.de

2. Oktober 2019

Telefon : 0385/4 85 27- 11

Fax : 0385/4 85 27- 24

E-Mail

maik.walm@gew-mv.de

Aufforderung zu Verhandlungen über eine koalitionsrechtliche Vereinbarung zu Maßnahmen der Personalentwicklung im und für den Schulbereich in Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

es besteht Konsens im Land, dass die allgemein- und berufsbildenden Schulen eine herausgehobene Bedeutung für die Zukunft der Schüler*innen als auch des Landes haben. Auch über die bereits seit einiger Zeit und auch zukünftig bestehenden grundlegenden Probleme bei der Bindung, Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften besteht Einigkeit. Unterschiedliche Perspektiven bestehen nach jetzigem Stand zur Frage, wie viel Investitionen und welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Situation nachhaltig, mindestens bis zum Jahr 2030, zu verbessern. Als Vertretung der Lehrer*innen im Land fordern wir das Land als Arbeitgeber deshalb zu Verhandlungen auf, um in der Sache eine verlässliche Lösung zu entwickeln und zu vereinbaren.

Als DGB und GEW erfüllt uns die Situation in den allgemein- und berufsbildenden Schulen mit großer Sorge. Bis 2030 werden entsprechend der Berechnungen des MBWK mehr als 8000 neue Lehrer*innen benötigt. Gleichzeitig besteht bundesweit in den kommenden Jahren eine enorme Konkurrenz zwischen den Bundesländern. In unseren eigenen Hochschulen brechen viele Studierende das Studium ab und/oder verlassen nach dem Studium das Land. Im Referendariat werden seit Jahren nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzt und auch hier verlassen erfolgreiche Absolvent*innen das Land. Hinzu kommt die problematische Entwicklung bei der Gewinnung von qualifizierten Menschen für einen Seiteneinstieg in den

Schuldienst. In den vergangenen Jahren und auch aktuell war es nicht möglich, alle ausgeschriebenen Stellen im Schulsystem zu besetzen, obwohl mittlerweile selbst das Abitur als höchster Abschluss ausreicht, um als Lehrer*in im Seiteneinstieg eingestellt zu werden. Mit dem bisherigen Einsatz in der Frage werden die allgemein- und berufsbildenden Schulen in ihrer Qualität weder gesichert noch ausreichend entwickelt. Auch die mangelnde Attraktivität des Arbeitsplatzes für die tätigen und zu gewinnenden Kolleg*innen beeinträchtigt nachhaltig gute Lösungen.

Der Mangel an Fachkräften ist in vielen Regionen des Landes heute schon dramatische Realität und zeigt hoch problematische Folgen in mindestens drei Bereichen: Für Schüler*innen der allgemein- und berufsbildenden Schulen kann der Unterricht nicht mit angemessen ausgebildeten Lehrer*innen landesweit abgesichert werden. Alltag sind Unterrichtsausfall, Unterricht durch fachfremde Lehrer*innen oder Lehrer*innen im Seiteneinstieg. Das führt zu einem Qualitätseinbruch und der Gefährdung von Abschlüssen. Beides hat für alle Schüler*innen dramatische Folgen für ihre Bildungs- und Erwerbsbiographie. Nunmehr bestimmt der Zufall des Wohnortes und seine Attraktivität für Lehrpersonen zusätzlich zum Zufall der Geburt die zukünftigen Teilhabemöglichkeiten junger Menschen. Im Bereich der Belastung der vorhandenen Fachkräfte zeigen sich seit Jahren entsprechende Konsequenzen. So gibt es eine hohe Neigung in Teilzeit zu arbeiten und früher in Rente zu gehen. 93 % der Kolleg*innen entschieden sich in den vergangenen fünf Jahren für einen vorzeitigen Austritt bis zum 63. Lebensjahr, einige bereits mit dem 60. Geburtstag. Zugleich muss der Stand an Langzeiterkrankungen auch für die Landesregierung als Arbeitgeber Besorgnis erregen. Drittens wird so der Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern, der dringend auf Fachkräfte aus eigener Ausbildung und Studium angewiesen ist, einer seiner wesentlichen Entwicklungsgrundlagen beraubt.

Aus unserer Sicht muss deshalb zeitnah, grundlegend und nachhaltig gehandelt werden. Als Vertretung der Pädagog*innen im Land fordern wir die Landesregierung als Arbeitgeber deshalb zu Verhandlungen auf. Wir streben eine koalitionsrechtliche Vereinbarung zur Personalentwicklung im und für den Schulbereich bis mindestens zum Jahr 2030 an. Jetzt, da sowohl die Personalbedarfe bekannt als auch die Ursachen und Konsequenzen des Personalmangels deutlich werden, braucht es eine zukunftsweisende Vereinbarung. Die aktuellen Beschäftigten brauchen die Sicherheit und Anerkennung, das nicht wie bisher die anwachsende Arbeit und Belastung auf immer weniger Schultern verteilt wird. Es müssen zudem kurz-, mittel- und langfristig Maßnahmen ergriffen werden, die ausreichend neue Lehrer*innen zum Eintritt in den Schuldienst in M-V bewegen. Für beide Facetten braucht es eine deutliche Steigerung der Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule. Das

wird ohne eine spürbare Anhebung der Investitionen nicht gehen. Die jährlichen Einsparungen im Zuge der Anhebung der Pflichtstunden und der altersbedingten Neubesetzung von Stellen mit geringer qualifizierten oder/und jüngeren Fachkräften müssen zudem im Schulsystem verbleiben. Wenn erfahrene Kolleg*innen länger als bis zum 63. Lebensjahr in den Schulen arbeiten und sich zugleich Menschen für den Lehrer*innenberuf und dann für den Berufseinstieg in unserem Land entscheiden sollen, müssen unsere Schulen jetzt und zukünftig gesundes und pädagogisch sinnstiftendes Arbeiten unter sehr guten Bedingungen öffentlich sichtbar ermöglichen.

Als DGB und GEW ist es unsere Aufgabe, für gute und verlässliche Arbeitsbedingungen in den Schulen einzutreten und damit zugleich die Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge im Schulbereich für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu sichern. Unser Schwerpunkt liegt hierbei auf einer Vereinbarung, die über konkrete Legislaturen hinaus Bestand hat und damit Sicherheit und Entwicklung ermöglicht. Entsprechend der gemeinsamen Erfahrungen in der Begleitgruppe zum Lehrpersonalkonzept gehen wir davon aus, dass auch das Land als Arbeitgeber ein hohes Interesse an der gemeinsamen Bewältigung dieser Krisensituation hat.

Wir erwarten dementsprechend ein zeitliches Angebot zur Aufnahme von Gesprächen.

Mit freundlichen Grüßen



Ingo Schlüter

(stv. Vorsitzender DGB Nord)



Annett Lindner

(GEW-Landesvorsitzende)



Maik Walm

(GEW-Landesvorsitzender)